

Kosten für Windenergie steigen

„Windkraft sorgt für dicke Luft“ vom 19. Januar 2005

Die aktuelle Berichterstattung zu den Ergebnissen der dena-Netzstudie hat in den letzten Tagen einigen Wirbel um Zahlen und deren Interpretation für den weiteren Ausbau der Windenergie verursacht. Natürlich sind die unterschiedlichen Interessenvertreter geneigt, die Zahlen in ihrem Sinne auszulegen. Aber die Ergebnisse der dena-Netzstudie sprechen eine klare Sprache, die niemand wegwischen kann: Die Einspeisevergütungen für Strom aus Windkraft, die auf die Stromverbraucher umgelegt werden, steigen von 2,1 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 5,4 Mrd. Euro im Jahr 2015 an.

Die Kosten für die privaten Endverbraucher steigen hiernach aufgrund des Zubaus der Windenergie im Zeitraum bis 2015 je nach Szenario um 0,385 - 0,475 Cent je kWh an. Darin enthalten sind 0,025 Cent pro kWh für den Ausbau des Höchstspannungsübertragungsnetzes. Nicht enthalten sind darin allerdings die Kosten für den notwendigen Ausbau der nachgelagerten Verteilungsnetze.

Daraus resultiert rein rechnerisch für einen durchschnittlichen Haushalt mit

3500 kWh/Jahr eine Zusatzbelastung von 13,5 Euro bis 16,6 Euro pro Jahr - nicht ein Euro pro Jahr. In der Studie werden lediglich Strombezugskosten auf dem Großhandelsmarkt ausgewiesen, die im Jahr 2015 je nach Szenario um 0,06 bis 0,08 Cent pro kWh ansteigen werden. Eine Verdoppelung der Strompreise von 3,5 auf 7,1 Cent pro kWh wird dort nicht ausgewiesen und wird für den Zeitraum bis 2015 auch von niemandem erwartet.

Im Jahr 2015 wird nach der Studie die „gesicherte Leistung der installierten Windenergiekapazitäten“ bei dem heutigen Standard der Versorgungssicherheit von 99 Prozent rund 2300 MW erreichen - das heißt, dass wegen der schwankenden Windverhältnisse von den rund 40 000 MW installierter Windkapazität in 2015 nur 2300 MW sicher einplanbare Kraftwerksleistung darstellen und konventionelle Kraftwerksleistung ersetzen können. Dies entspricht einem Anteil von etwa sechs Prozent der installierten Windenergiekapazität.

— Andrea Weinert, Pressesprecherin,
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit